Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 326 — Jahrgang 214

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.66, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 20. Juli

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile (6 ℳ). Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8,00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

England gegen Frankreich

Spannung

w. Paris, 19. Juli.

Der Londoner Korrespondent der „Chicago Tribune", der über die starke Verstimmung berichtet, welche die französische Note im Foreign Office hervorgerufen hat, teilt u. a. mit, in amtlichen Kreisen spreche man offen die Vermutung aus, daß die Franzosen einen deutschen Aufstand in Oberschlesien zu provozieren suchten, um sich eine Rechtfertigung für die Besetzung des Ruhrgebietes und für einen stärkeren militärischen Druck auf Deutschland zu verschaffen. Eine namhafte Persönlichkeit der Regierung habe erklärt, England werde immer mehr zu der Schlußfolgerung gedrängt, daß es das Beste sei, das amerikanische Beispiel zu befolgen und sich von allen kontinentalen europäischen Angelegenheiten zurückzuziehen.

w. London, 19. Juli.

„Daily Expreß" versichert, von zuständiger Seite zu hören, daß in den Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich infolge der Differenzen über Oberschlesien eine zunehmende Spannung eintrete. Die britische Regierung weigere sich rundweg, weitere Truppen zu entsenden, da sie überzeugt sei, daß hierfür keine Notwendigkeit bestehe.

Die „Times" schreibt im Leitartikel, die schnelle Regelung des oberschlesischen Problems sei nach wie vor erforderlich; indes sei zuzugeben, daß die Lage, wie sie in der französischen Note geschildert werde, ein vorheriges energisches Auftreten der Alliierten erfordere. Jedoch müsse betont werden, daß jedenfalls ein enges Zusammenwirken zwischen Frankreich und England von höchster Wichtigkeit sei. Die „Times" bedauert lebhaft, daß im vorliegenden Falle die Alliierten durch irgendwelche unerklärlichen Fehler in der diplomatischen Maschinerie verhindert wurden, einen gemeinsamen Schritt zu unternehmen, wie ihn die gegenwärtige Lage erfordere.

Keine englischen Verstärkungen

w. Paris, 19. Juli.

Der „Matin" schreibt: Die englische Antwort über Oberschlesien wird noch heute in Paris eintreffen. Erst dann werde er sagen können, wann der Oberste Rat zusammentreten werde. Ein französischer, der Schweiz benachbarter Bezirk könne für die Zusammenkunft in Frage kommen, da Lloyd George sich im August in der Schweiz aufhalten wolle und die italienischen Delegierten leicht hinkommen können. Der „Matin" bestätigt übrigens durch seinen Londoner Korrespondenten, daß die britischen Behörden nicht geneigt seien, ihre Truppenmacht in Oberschlesien zu verstärken.

w. London, 19. Juli.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Chronicle" schreibt, die britische Regierung werde dem Drange der französischen Regierung wegen Entsendung weiterer Truppen nach Oberschlesien schwerlich nachgeben.

Die „Morning Post" schreibt in ihrem Leitartikel, die Auffassung der britischen Regierung werde, nach Mitteilung von zuständiger Stelle, wie folgt sein: Briand habe den Vorschlag gemacht, der darauf hinauskomme, die nächste Sitzung des Obersten Rates auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Dieser Vorschlag habe die britische Regierung enttäuscht und in amtlichen Kreisen Gefühle erweckt, die über Enttäuschungen noch hinausgingen. Was den französischen Vorschlag auf Entsendung von Truppen anginge, so habe Großbritannien keine Division zur Verfügung und sei außerdem nicht in der Lage, die hierfür nötigen Gelder auszugeben. In Zusammenhang mit der französischen Behauptung, daß die Truppen Höfers nur zum Schein aufgelöst worden seien, habe der britische Oberkommissar eine sofortige gründliche Untersuchung angeordnet. „Morning Post" schließt, in britischen amtlichen Kreisen herrsche die Auffassung, daß Frankreich vielleicht zu vermeiden wünsche, daß noch andere Fragen als die oberschlesische vor dem Obersten Rate zur Regelung kommen. So sei die britische Regierung von dem Inhalt der Besprechungen zwischen Briand und Bekir Sami Bey nicht unterrichtet. Vielleicht wolle Briand eine Aussprache über diese Frage vermeiden.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt, bis in die späten Abendstunden sei gestern keine offizielle englische Antwort auf die letzte Mitteilung des Quai d'Orsay eingegangen. Nach offizieller britischer Auffassung sei ein Aufschub der Festsetzung der Grenzen Oberschlesiens und die Aufhebung der Zwangsmaßnahmen am Rhein nicht angängig. Es könne angenommen werden, daß keine britischen Verstärkungen nach Oberschlesien gesandt werden könnten. Briand scheine zu hoffen, daß Italien in der Lage sein werde, ein neues Kontingent zu senden. Die Absendung einer französischen Division könne jeden Augenblick erwartet werden. Daß ihre Ankunft in Oberschlesien ausreiche, um eine Pazifierung des Gebietes zu sichern, werde nicht überall geglaubt. — Der Korrespondent fährt fort, die englischen Vertreter hätten ebensoviel bewaffnete Polen bzw. Polen, die die Grenze überschritten hätten, entdeckt, wie ihre französischen Kollegen Deutsche unter den gleichen Umständen entdeckten. Für die Minderheiten in den oberschlesischen Dörfern außerhalb der Garnisonbezirke sei kein Schutz vorhanden. Das einzige, die beiden Parteien zu verhindern, einander an die Kehle zu springen und die Alliierten in ihren Konflikt hineinzuziehen, sei nach Ansicht der höchsten britischen Autoritäten unverzügliche Regelung der oberschlesischen Frage.

Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien" sagt, die englische Regierung habe noch keine Stellung zur oberschlesischen Note genommen. Nach einer Umfrage, die er angestellt habe, scheine das Foreign Office der Ansicht zu sein, daß die augenblickliche Lage die Entsendung von Verstärkungen, die die französische Regierung vorschlage, nicht rechtfertige. Ohne daß das Londoner Kabinett seinen Standpunkt zugunsten einer sofortigen Regelung der oberschlesischen Frage aufgeben wolle, scheine es keineswegs die Absicht zu haben, auch nur eine Brigade nach Oberschlesien zu entsenden.

Baumwoll- und Getreidekredite

Im Anschluß an das von der Reichsbank durch Vermittlung des Bankhauses Mendelssohn u. Co. in Amsterdam mit ausländischen Geldgebern getroffene Kreditabkommen sind in der letzten Zeit mehrfach Gerüchte aufgetaucht, wonach bereits weitere Kredite für Deutschland zustande gekommen sein sollen. Von amtlicher Seite sind diese Versionen fast allgemein dementiert worden, und nur so viel steht fest, daß der über Holland erlangte Kredit von 150 Millionen Goldmark bereits eine Erweiterung erfahren hat. Allerdings wird die in der Oeffentlichkeit genannte Summe von 700 Millionen Goldmark nicht erreicht. Auch im Zusammenhang mit der Studienreise amerikanischer Finanzleute war die Vermutung aufgetaucht, daß es zum Abschluß neuer Kreditabmachungen, und zwar mit amerikanischen Finanziers, kommen würde, aber auch diese Meldungen waren nicht zutreffend. Dagegen verlautet jetzt mit großer Bestimmtheit, daß sowohl englischer als auch amerikanischer Kredit für Deutschland in Aussicht stehe. Die Verhandlungen mit London scheinen zu einem befriedigenden Ergebnis geführt zu haben, und es ist zu erwarten, daß nähere Mitteilungen über die Höhe des Kredits, die Verzinsung und sonstige Modalitäten bald bekannt werden. Im anderen Falle handelt es sich um einen amerikanischen Baumwollkredit für Deutschland, dessen Umfang vorläufig ebenfalls noch nicht feststeht. Aber auch hier scheint es schon zu definitiven Abmachungen gekommen zu sein, zumal da Amerika ein großes Interesse daran haben dürfte, daß Deutschland, ein in Friedenszeiten sehr bedeutender Baumwollkäufer, einen Teil der in Amerika aufgestapelten Baumwollbestände abnimmt.

Von der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel ist unter Zustimmung der zuständigen Reichsbehörde ein Abkommen mit englischen Großbanken getroffen worden, wonach der Einfuhrgesellschaft ein Kredit von zunächst drei Millionen Pfund Sterling zum Bezuge überseeischen Brotgetreides gegen Viermonatswechsel auf genannte Banken eingeräumt wird.

Um Memels Selbständigkeit

w. Memel, 19. Juli.

Das „Memeler Dampfboot" meldet: Die Führer sämtlicher großer Berufsgruppen des Memellandes übergaben dem Oberkommissar des Memelgebietes Petisne eine Entschließung mit der Bitte um Weiterleitung an die Botschafterkonferenz, worin erklärt wird, die überwiegende Mehrheit der memelländischen Bevölkerung habe den Wunsch, das memelländische Volkstum in einem selbständigen Staatsgebilde zu erhalten. Politisch wolle sie weder Litauen noch Polen zugeteilt werden, betone aber ihre aufrichtige Bereitwilligkeit, mit allen Nachbarländern Handelsverträge abzuschließen. Sie sei bereit, Deutschland, Litauen, Polen und Lettland freie unbehinderte Benutzung der Eisenbahnen, der Wasserstraßen und des Memeler Hafens einzuräumen. Oberkommissar Petisne erklärte bei Entgegennahme der Adresse, daß die Entscheidung allein bei der Botschafterkonferenz liege.

Die Gegenliste heraus!

Von H. E. von Lindeiner-Wildau, M. d. L.

Vor dem Leipziger Reichsgericht hat sich in den letzten Tagen eine Tragödie abgespielt, die die Herzen aller Deutschen, in denen noch nicht das letzte Gefühl des Mitempfindens für Volksgenossen, die vier Jahre unser Vaterland verteidigt haben, erstorben ist, mit tiefer Wehmut erfüllen muß. Wer den beiden Seeoffizieren, die dort vor dem höchsten deutschen Gerichtshof standen, nicht bewußte Mordlust und niedrigste Gesinnung unterstellen will, wird sich darüber im Klaren sein, daß auch ihr Tun, das jetzt seine Sühne gefunden hat, nur dazu dienen sollte, ihrem Volke und Vaterlande zu nützen. Solches Handeln, geboren aus dem Gebote des Augenblicks, ist ganz wohl nur für den zu verstehen, der selbst vorm Feinde gestanden hat und unter dem Zwange des Augenblicks entscheidende Entschließungen treffen mußte. Das Tragische in diesem Falle liegt gerade darin, daß über sie jetzt Männer zu Gericht saßen, die auch bei dem besten Willen objektiv und subjektiv das „Milieu", aus dem die strafbare Tat entstand, doch nicht ganz verstehen und würdigen können. Es sei ferne von uns, das Gericht wegen dieses Spruches, der gegen unser Wünschen und Fühlen ausfiel, zu schelten, dasselbe Gericht, das durch das hohe, fast übergroße Maß von Objektivität sich die Anerkennung fast der ganzen Welt errungen hat. Fast der ganzen Welt — mit Ausnahme natürlich von Frankreich. Die Anwürfe eines Briand sind ja nach Form und Inhalt so niedrig, daß sie nicht einmal bis zu den Stufen unseres höchsten Gerichtshofes heranreichen. Beleidigen kann Briand das Reichsgericht nicht, dazu fehlen ihm alle moralischen Voraussetzungen in seiner eigenen Person. Vom deutschen Standpunkt aus sind wir jedenfalls dankbar, daß die Tätigkeit des Reichsgerichts die französische Anerkennung nicht fand, denn diese wäre nach dem, was wir aus Briands Munde gehört haben, nur zu erreichen gewesen, durch einen Verrat an der Ueberzeugung und den Pflichten unserer Richter.

Trotz alledem sind wir dankbar, daß der Reichsjustizminister Worte der Abwehr gegen die infamen Beschimpfungen eines Briand gefunden hat. Unsere hohe Reichsregierung hat uns ja in dieser Hinsicht nicht verwöhnt und es ist in gewisser Weise bezeichnend, daß wir heute schon dankbar sind für ruhige und ernste Worte der Abwehr, die uns früher als Selbstverständlichkeit erschienen wären. Aber einen Satz aus den Worten des Reichsjustizministers Schiffer möchte ich besonders herausheben. Er sagt am Schluß seiner Ausführungen, Herr Briand möge diejenigen seiner Landsleute unter Anklage stellen, die ihm als eines Kriegsverbrechens verdächtig bezeichnet werden. Aus diesem Satz ergibt sich von selbst die Frage, ob und wer denn wohl Landsleute des Herrn Briand ihm als verdächtig bezeichnet hat. Da müssen wir mit schmerzlichem Bedauern erneut feststellen, daß die, die hierzu zunächst berufen wären, bisher immer noch schweigen. Sache der Reichsregierung wäre es, nun endlich einmal mit dem gewaltigen Material über französische Kriegsverbrechen herauszukommen, das sich während des Krieges wie in den letzten Jahren in den Archiven der deutschen Reichsstellen aufgesammelt hat. Es ist bekannt, daß die aktenmäßigen Belege für französische Kriegsverbrechen ganze Bände füllen. Warum macht man sie nicht wenigstens jetzt der französischen Regierung und der ganzen Welt bekannt. Die Verurteilung der U-Boot-Offiziere wird von der gewandten Propaganda unserer Feinde erneut zu den niedrigsten Verdächtigungen unserer Kriegführung ausgenutzt werden. Wir aber, die wir in der Lage wären, nachzuweisen, daß auf der Gegenseite unendlich viel schwerer gesündigt wurde, wir schweigen! Ist denn unserer Reichsregierung jedes Gefühl dafür abhanden gekommen, daß es zu ihrer ersten und vornehmsten Aufgabe gehört, den deutschen Namen vor Schmutz und Verunglimpfung zu schützen? Es wird uns entgegengehalten, eine Veröffentlichung der deutschen Gegenlisten würde nur neue Gegensätze hervorrufen und die Spannung zwischen uns und unseren Gegnern erneut verschärfen. Demgegenüber scheint es mir ein Gebot nationaler Selbstachtung zu sein, daß wir die erstrebte Annäherung nicht dadurch zu erreichen suchen, daß wir unsere Waffenehre in den Kot treten und uns von dem Haß unserer Gegner schweigend alle Beschimpfungen bieten lassen. Herr Briand hat in seiner Erwiderung auf die Rede Schiffers hingewiesen auf „Verabscheungswürdige Taten in Oberschlesien". Wenn Herr Briand auch nur eine Ahnung von den wirklichen Vorgängen in Oberschlesien hat, so muß er wissen, daß solche Taten nur auf Seiten der polnischen Banditen und ihrer französischen Helfershelfer vorgekommen sind. Wenn er aber diese Kenntnis von den wirklichen Vorgängen nicht hat, so ist wiederum unsere Reichsregierung in der Lage, ihm zu der gewünschten Kenntnis der Dinge zu verhelfen. Dem Herrn Reichskanzler Wirth wurde bei seinem Besuche in Breslau von den Vertretern der deutschgesinnten Oberschlesier ein dicker Aktenband überreicht mit eidlichen Aussagen von hunderten oberschlesischer Volksgenossen, die unter den scheußlichen Greueltaten des polnischen Raubgesindels gelitten haben. Diese eidlichen Aus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192107201-10/fragment/page=0001

sagen sind weiter belegt durch zahlreiche Photographien der Mißhandelten. Ein besonderer Abschnitt des Buches enthält aber eidliche Protokolle über die Art und Weise, wie die französischen Besatzungstruppen die polnischen Insurgenten durch die Tat unterstützt haben, wie sie ihnen Waffen Verpflegung und Munition geliefert haben. Der Herr Reichskanzler Wirth, wie gesagt, besitzt dieses Material seit mehr als einer Woche, bisher ist aber nichts geschehen, um es der Oeffentlichkeit oder gar Herrn Briand bekannt zu geben.

Aus allen diesen Gründen rufen wir der Reichsregierung zu: Nicht nur reden, sondern handeln! Heraus mit der Gegenliste und heraus mit dem Material über Oberschlesien. Seit fast drei Jahren will man dem deutschen Volke weismachen, schweigendes Dulden werde unsere Lage verbessern. Bisher sind wir dadurch nur immer tiefer ins Elend gekommen, und die Welt muß allmählich glauben, wir hätten nichts zu erwidern, oder — wir hätten den Sinn für eigene Ehre verloren.

Die boykottierte Northcliffepresse

London, 19. Juli.

Im Unterhause wurde eine Anfrage an den Premierminister gerichtet, ob es zutreffe, daß den Northcliffeblättern neuerdings die amtlichen Informationen verweigert würden.

Lloyd George erwiderte, am 13. d. Mts. habe die „Times" einen äußerst geschäftigen und beleidigenden Angriff gegen Lloyd Curzon gerichtet, und zwar im Zusammenhang mit wichtigen und schwierigen Verhandlungen, die er im Namen des Reiches führte. Es liege ein Versuch vor, gegen einen angesehenen amtlichen Vertreter in einem schwierigen Augenblick persönliche Vorurteile im Auslande wachzurufen. Unter diesen Umständen sei es erforderlich gewesen, daß die Regierung in ihrer Gesamtheit ihrer Mißbilligung Ausdruck gab. Amtliche Informationen seien der „Times" nach wie vor durch die Nachrichtenagenturen zugänglich, aber die Bevorzugung, ihre Vertreter zur Einholung von Informationen an amtlichen Stellen zu entsenden, sei ihr in Zukunft versagt. Mit der oppositionellen Stellung des Blattes habe das nichts zu tun. Lloyd George sagte noch, der Fall sei ohne Beispiel. Kein angesehenes britisches Blatt würde einen solchen Angriff veröffentlicht haben, der unter dem Niveau des englischen Journalismus stehe. Im Ausland stehe die „Times" noch vielfach als eine Repräsentantin des gebildeten und offiziellen Englands da, in England selbst wisse man, daß sie diese Stellung schon seit langem nicht mehr innehabe. Aber diese Tatsache werde außerhalb Englands erst allmählich bekannt.

*

Der beanstandete Passus in der „Times" hatte den folgenden Wortlaut:

„Das geschraubte und anmaßende Auftreten des Außenministers, seine geschäftliche Unfähigkeit, die in dem gegenwärtigen Zustand des Ministeriums zutage tritt, und seine unterwürfige Nachgiebigkeit gegenüber den Befehlen des Ministerpräsidenten auch in den Fällen, in denen er ihnen nicht zustimmt, machen ihn unfähig für die Erfüllung der verantwortlichen Pflichten, die seine Mission in Washington ihm auferlegen würde."

Die Washingtoner Konferenz

Paris, 19. Juli.

Nach amerikanischen Blättermeldungen hat das Staatsdepartement die Stellungnahme der Vereinigten Staaten zur Frage des Programms der Abrüstungskonferenz folgendermaßen umschrieben:

Die Vereinigten Staaten werden kein Programm für die Konferenz aufstellen und hoffen, daß die Konferenz sich ihre eigene Tagesordnung geben wird.

Sie hoffen, daß die Mächte sich vor dem Zusammentritt der Konferenz auf diplomatischem Wege einigen werden, und zwar, wenn möglich, sehr genau über die Probleme, die zur Debatte gestellt werden sollen. Jede Nation kann von vornherein erklären, daß sie, indem sie sich an der Diskussion über einen besonderen Gegenstand beteiligt, keineswegs auf ihr Recht verzichtet, die Beschlüsse anzunehmen oder zu verwerfen. Auf diese Weise soll die Autonomie jedes Staates in Verwirklichung des Prinzips des „gemeinsamen Uebereinkommens" gewährleistet werden.

Wenn die Vereinigten Staaten auch keineswegs gewillt sind, zu versuchen, von vornherein die der Konferenz zu unterbreitenden Fragen festzusetzen, so behalten sie sich doch andererseits das Recht vor, zu verhindern, daß Probleme auf die Tagesordnung gesetzt werden, die in keiner Beziehung zu den genau festgelegten Zwecken der Konferenz stehen und deren Behandlung die Ergebnisse der Konferenz nur in Frage stellen könnten.

Japanische Befürchtungen

Tokio, 19. Juli.

„Daily Expreß" meldet, daß der Vorschlag über die Abrüstungskonferenz große Unruhe in Japan hervorgerufen habe, wie es bisher niemals der Fall gewesen sei. Man befürchtet, daß Frankreich und Australien Amerika zum Nachteil von Japan unterstützen werden. Die Blätter erklären, daß Japans Zukunft auf dem Spiele stehe und beschuldigen England, daß es Japan verlasse. Der Korrespondent hält es für wenig wahrscheinlich, daß Japan an der Abrüstungskonferenz teilnimmt.

Die irischen Verhandlungen

w. London, 19. Juli.

„Daily Chronicle" meldet: Die gestrigen Besprechungen Lloyd Georges mit de Valera und den Mitgliedern des Kabinetts von Ulster hätten die Lösung des irischen Problems nicht gefördert. Bis jetzt sei keine Grundlage gefunden, die zu einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter von Nord- und Südirland mit der englischen Regierung führen könnte. Lloyd George halte die Sache indes nicht für aussichtslos und hoffe, daß noch eine Einigung gefunden werde.

Die Minister von Nordirland sind gestern abend nach Belfast zurückgekehrt. Sir James Craig erklärte vor der Abreise, augenblicklich sei die Lage die, daß Lloyd George die Besprechungen mit de Valera fortsetzen werde. Wenn de Valera das Selbstbestimmungsrecht für Irland verlange, so sei zu bemerken, daß Ulster hiervon bereits Gebrauch gemacht habe und sein eigenes Parlament besitze. Es bliebe also nur übrig, daß England und Irland sich einigten.

Die Umtriebe der Kommunisten

Im „Deutschen Tageblatt" lesen wir:

Es wird immer schöner im Ordnungsstaate des Herrn Dr. Wirth. Bekanntlich wurde wiederholt in der Oeffentlichkeit neben dem berüchtigten Major Müller-Brandenburg, dem wegen kommunistischer Umtriebe seinerzeit entlassenen Chef der Thüringischen Staatspolizei, auch der Leiter der Sicherheitspolizei für Mecklenburg-Schwerin Oberst Lange genannt, der in einer Sitzung des roten Aktionsausschusses Ende 1920 sogar zum Führer der Roten Armee gewählt worden ist. Trotz dieser gewiß recht schweren Verdächtigungen gegen diesen Offizier hat sich die Reichsregierung bis heute in Schweigen gehüllt. Nun erfahren wir aus durchaus einwandfreier Quelle, daß Langes Adjutant, Leutnant Hartwig, vor wenigen Tagen in Charlottenburg vor den Vertrauensleuten des Zentralaktionsausschusses der Roten Armee einen längeren Vortrag über „Die militärischen Fehler der Märzaktion in Mitteldeutschland" gehalten hat, bei dem auch die militärischen Führer zugegen waren. In diesem Vortrage gab Leutnant Hartwig an der Hand seiner Erfahrungen Fingerzeige und Richtlinien zum besten, wie die für Ende August d. J. geplante militärische Aktion in ganz Deutschland ohne Rück- und Fehlschläge zu erfolgen habe.

Wir fragen nunmehr nochmals: Wann findet die Reichsregierung endlich den Mut, zuzugreifen?! Das hochverräterische Gebahren des Majors Müller-Brandenburg sollte ihr doch zur Lehre dienen. Will sie weiter ruhig mit ansehen, wie an einflußreicher Stelle stehende Beamte der Sicherheitspolizei die Sicherheit des Staates, zu dessen Schutz sie da sind und dessen Gehalt sie beziehen, ungestört zu unterminieren versuchen?

Noch immer weilet Oberst Lange in Schwerin seines Amtes. Er hält sich klugerweise im Hintergrund und scheint nunmehr seinen Adjutanten als kommunistischen Hetzer und Führer vorgeschoben zu haben. Wie lange noch?

Wüste Ausschreitungen der Franzosen

In Krappitz an der Oder, auf der Bahnstrecke zwischen Gogolin und Klein-Strehlitz, hielten die Franzosen, die von Oppeln und Leschnitz gekommen waren, von Sonnabend abend bis Montag früh Waffendurchsuchungen bei der deutschen Bevölkerung ab, bei denen sie außerordentlich rigoros vorgingen. Als am Abend der praktische Arzt Dr. Kroll von einem Landbesuch nach Hause zurückkehrte, wurde er von französischen Posten angehalten und mit Kolbenhieben zu Boden geschlagen, so daß er drei bis vier Minuten regungslos liegen blieb. Darauf wurde er fortgeschafft. Auch der Polizeiwachtmeister des Ortes wurde schwer mißhandelt und weggeschleppt. Dem Bürgermeister gegenüber, der sich um die Freilassung der beiden Verhafteten bemühte, äußerte sich ein französischer Offizier in grobischer und frechster Weise. Die beiden Verhafteten waren die ganze Nacht über im Freien an einen Pfahl gebunden, obwohl Dr. Kroll heftig aus einer Kopfwunde blutete. Am andern Morgen schaffte man beide nach Oppeln, wo es endlich dem Einschreiten eines englischen Offiziers gelang, sie zu befreien. Des Landvolkes in der Umgebung von Krappitz, das Dr. Kroll sehr achtet, hat sich die größte Erregung bemächtigt.

Der Vorfall ist typisch für das, was zurzeit auf dem flachen Lande in Oberschlesien vorgeht. Von allen Seiten vernimmt man von provokatorischem Auftreten der Franzosen, von Schikanierung und Mißhandlung der Deutschen durch französische Waffensuchkommandos. Allenthalben steigt die Erbitterung der Bevölkerung von Tag zu Tag. Ich habe die provokatorischen Zeugenaussagen zum Falle Kroll gelesen, und aus ihnen spricht der ganze Jammer, aber auch die Erregung des mißhandelten Volkes. Es kann der Reichsregierung nur dringend nahegelegt werden, bei den alliierten Regierungen nachdrücklichst auf die von den Franzosen heraufbeschworene Gefahr einer Sizilianischen Vesper aufmerksam zu machen. — Von der Majoratsverwaltung der Graf Haugwitzschen Güter bei Krappitz ist der Interalliierten Kommission unter dem Datum des 18. Juli eine Beschwerdeschrift über das Verhalten der auf dem Gute einquartierten Franzosen überreicht worden. Auch in diesem Falle geben die in der Anlage beigefügten Aussagen des Gutspersonals ein sprechendes Bild der hemmungslosen Anmaßung der Franzosen gegenüber der deutschen Landbevölkerung. Stehlen, Mißhandeln, Drohen mit Erschießen, Verwüstung der Vorräte und Räume sind an der Tagesordnung.

Die Frau in der Rechtspflege

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgende Entschließung angenommen:

„Die Fraktion ist einverstanden mit der Zulassung der Frauen zum Laienrichtertum, insbesondere auf dem Gebiet des Jugendrichterwesens und soweit insbesondere Interessen der Frauen in Frage kommen. Jedoch verlangt sie, daß die zum Richteramt berufenen Frauen seine Uebernahme ohne Angabe von Gründen ablehnen können. — Die Fraktion ist auch einverstanden mit der Zulassung der Frauen zum juristischen Vorbereitungsdienst und dem Beruf des Rechtsanwalts. — Dagegen lehnt sie einmütig eine Beteiligung der Frauen am Berufsrichtertum ab. Die Fraktion nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem lebhaften Interesse aller ihrer Mitglieder beiderlei Geschlechts an der Behandlung und Entwicklung dieser Frage, zu der Stellung zu nehmen von eigenem Ermessen und Gewissen eines jeden Parteigenossen überlassen bleibt."

Disziplinarverfahren gegen den Leipziger Amtshauptmann v. Finck. Wie wir erfahren, ist gegen den ehemaligen Amtshauptmann Freiherrn von Find ein Disziplinarstrafverfahren eingeleitet worden. Die Anzeige, die von einem Beamten der Leipziger Amtshauptmannschaft ausgehen soll, enthält u. a. die Behauptung, daß Freiherr von Finck sich anderen Beamten gegenüber in abfälliger Weise über die Regierung ausgesprochen haben soll. Die Untersuchung, die bereits eingeleitet ist, führt der Dresdener Amtshauptmann Dr. Lemke.

Ein Hilferuf Maxim Gorkis an Gerhart Hauptmann. Der zurzeit in Berlin anwesende Dichter Gerhart Hauptmann hat von Maxim Gorki telegraphisch folgenden Aufruf aus Moskau erhalten: Rote an alle ehrlichen Menschen. Die weiten Steppen in Ostrußland haben infolge einer noch nie dagewesenen Trockenheit eine Mißernte erlitten. Durch dieses Unglück droht Millionen der russischen Bevölkerung der Hungertod. Ich erinnere daran, daß das russische Volk infolge des Krieges und der Revolution sehr erschöpft ist und daß seine physische Widerstandskraft geschwächt ist. Dem Lande Leo Tolstois, Dostojewskis, Mendelejews, Pawlows, Mussorgskis, Glinkas und anderer der ganzen Welt teuren Menschen nahen drohende Tage. Ich wage nun zu glauben, daß die Kulturmenschen Europas und Amerikas, welche die tragische Lage des russischen Volkes verstehen, ihm ehestens mit Brot und Medikamenten helfen werden. Ich bitte alle Europäer und Amerikaner, dem russischen Volke raschestens zu helfen. Gebt Brot und Medikamente.

Waldbrand. In der Nähe des Truppenübungsplatzes Altengrabow ist ein Waldbrand ausgebrochen, der in kurzer Zeit eine gewaltige Ausdehnung genommen und bis jetzt ungefähr 6000 Morgen Waldbestand ergriffen hat. Die Baracken stehen zum Teil in Flammen. Das Feuer nimmt immer weitere Ausdehnung an.

Der Kirchturm von Harthausen

23) **Novelle von R. Bartolomäus.**

(Nachdruck verboten.)

Das erste war, daß der Rittmeister Graf Oelden durch ein Geburtstagsfest eines älteren Verwandten verhindert war, seinen Besuch auf Schloß Duisbroek zu wiederholen, der schon in Aussicht genommen war. Diesen Kameraden begünstigte Georg als einen geeigneten Mann für seine Schwester, und die Schloßbewohner hatten aus seiner früheren Anwesenheit einen sehr vorteilhaften Eindruck gewonnen. Ein Ausfall, der wenigstens zuerst unangenehm genug berührte.

Zugleich begann man zu erzählen, der Graf wolle, müsse eigentlich, verkaufen; auf Harthausen hätten sich unter Paul Arnnstedts Führung schon Käufer versammelt; das Ganze werde von Berlin aus eingerichtet.

Während dessen wurde die Untersuchung wegen des Stahlkammerdiebstahls mit Nachdruck und Umsicht geführt, aber auch nicht der geringste persönliche Anlaß zu einem Verdacht gegen irgend jemand fand sich auf. Die Angestellten von Nordheim u. Co. wurden sämtlich vernommen, die Inhaber gaben ihre Aussagen ab, aber niemand erschien irgendwie belastet. Der Fall erregte Aufsehen, nicht nur bei den Bankhäusern, auch bei den Geldschrank- und Stahlkammerfabrikanten. Namhafte Geschäfte ließen sich eine genaue Beschreibung der Umstände übersenden, unter denen die Tat geschehen war, und ließen sie von ihren Einrichtern und Zeichnern eingehend prüfen. Die Firma, von der die Stahlkammer an Nordheim u. Co. geliefert war, schickte einen besonderen Vertrauensmann, um sich mit allem an Ort und Stelle bekannt zu machen.

Die einzige Möglichkeit der Aufklärung war in der Vermutung gegeben, daß jemand Nachschlüssel gehabt oder sich der echten Schlüssel rechtswidrig bemächtigt habe. Das konnte nur bei Paulsen u. Smith geschehen sein, deren Angestellte nicht minder zur Vernehmung gebracht wurden. Völlig erfolglos. Es ergab sich, daß der anvertraute Schlüssel in einem ganz besonderen Geheimfach untergebracht gewesen war, wo er sich noch befand. Es wurde erwiesen, daß nur die Anwälte selbst den Schlüssel entnehmen und gebrauchen konnten, ihn niemals in andere Hände gaben.

An all diesen Verhandlungen und Untersuchungen hatte Edgard persönlich teilgenommen. Er überraschte die Beteiligten durch seinen Scharfsinn und seine Geschäftskenntnis nicht weniger, als durch seine rechtliche Gesinnung und seine Kaltblütigkeit. Andererseits gab auch sein sich bei dieser Gelegenheit offenbarender Reichtum allen ein unbedingtes Vertrauen, die mit ihm zu tun hatten. Er erklärte außerdem bei Alverdissen u. Co., daß er nicht abgeneigt sei, das Versprechen dem Grafen Duistorp gegenüber aus seinem anderen Vermögen einzulösen.

Den vielen ungewohnten Sorgen war der Graf nicht mehr imstande zu widerstehen. Ein Schlaganfall warf ihn nieder und nur seine starke Gesundheit brachte ihn durch unausgesetzte Pflege und geschickte Behandlung wieder zu Bewußtsein. An Uebernahme der Geschäfte war jedoch jetzt nicht zu denken. Ebensowenig konnte auf seine Frau gerechnet werden, die selbst bis aufs äußerste mitgenommen war und sich dem Kranken ganz und gar widmen mußte. Ihr Sohn war einstweilen durch den Dienst, besonders das Herbstmanöver, beansprucht. So blieb niemand als die Tochter, Gräfin Luise.

Sie war bisher in der Verwaltung nur wenig sichtbar geworden, hatte nur zuweilen ihrem Vater bei den schriftlichen Arbeiten geholfen, ihn auf seinen Fahrten durch die Herrschaft begleitet, ihm bei den Verhandlungen mit Geschäftsleuten und Angestellten beigestanden. Niemand glaubte, sie sei imstande, die Last der Verwaltung zu tragen. Aber die erste Besprechung mit dem Güterdirektor zeigte, daß sie ihren Vater wenigstens zu vertreten vermöge. Sie kannte die Vermögenslage, die Bewirtschaftung, die Einrichtungen aufs genaueste und hatte ihres Vaters Geschick, mit Menschen von vielerlei Beruf sachgemäß zu verhandeln.

So blieben die Geschäfte und die Verwaltung vorläufig in gewohntem Gange.

Paul Arnnstedt blieb nicht lange fort. Als die Besichtigung des Gutes und, soweit möglich, der angrenzenden Teile von Duisbroek beendet war, reiste er ohne Aufenthalt zurück und kam am nächsten Tage in die Villa Harthausen. Theda zögerte nicht, ihn anzunehmen, als ihre Mutter und Tante ihr überließen, den Gast zu empfangen. Sie waren der Meinung, Theda würde sich von dem redegewandten Bräutigam so weit führen lassen, daß alles wieder in das frühere Verhältnis zurückgebracht werden könnte, und schöpften neue Hoffnung für die weitere Ordnung aller Angelegenheiten. Arnnstedt gab sich geschickt den Anschein, als ob nichts geschehen sei, und begrüßte Theda in alter Weise.

„Wenn ich zu Ihrem Geburtstage nicht kam, so hatte ich zwei Gründe," sagte er lächelnd, „auerst — —"

„Das Geschäft!", ergänzte Theda.

„Eigentlich nicht, sondern die Gefälligkeit gegenüber den Vertrauensmännern des Geh. Kommerzienrats Kalstein; ich konnte ihre Bitte nicht abschlagen — und dann —"

„Und dann?"

„Es ist nichts Außerordentliches, Theda! Sie wissen selbst, wie ich Sie liebe, und Sie waren mir auch zugetan. Gewiß, und jetzt, seit Sie ihn gesehen haben, seitdem bin ich mehr und mehr aus Ihrem Herzen verschwunden. Sie wissen, wie alles uns erreichbar erschien, was ich mir wünschte, wie Sie einverstanden waren mit den Plänen für die Zukunft, die ich Ihnen entwickelte, aber jetzt bin ich wie vergessen. Und dies alles, was mir in Harthausen so deutlich vor die Seele trat —"

„Sie wissen —"

„Hören Sie mich an, Theda! Ich bitte Sie, hören Sie mich, denn unser ganzes Schicksal entscheidet sich! Ich konnte das nicht noch einmal erleben und nicht ertragen in Gegenwart so vieler Neugieriger. Daß ich Sie unverändert liebe, daß ich Sie noch mehr liebe als zuvor, das wissen Sie! Das sehen Sie! Ich bitte Sie, mir zu vertrauen —"

„Vertrauen? Läßt sich Vertrauen gewähren? Es ist da, weil es da sein muß!"

„Das sind Rätsel für mich!"

„Es ist nichts Dunkles und nichts Unerklärliches darin!"

„Und wenn Sie mich so genau beobachten und auf alles achten, was von mir geschieht, so sollten Sie gerecht sein, wie Sie es früher waren!"

„Ich bin es noch!", erwiderte Theda entschieden.

„Aber nicht mit der Liebe, mit der ich alles getan habe und tue, mit Rücksicht auf Sie!"

„Liebe!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192107201-10/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, den 20. Juli.

Novelle zum Kommunalabgabengesetz

Von Dr. Kaufhold, Mitglied des Preuß. Landtages.

Durch die Erzbergersche Steuerreform sind die Gemeinden in finanzieller Hinsicht in große Bedrängnis geraten. Sie sind nicht mehr in der Lage, durch Zuschläge zur Einkommensteuer in der Hauptsache ihre Bedürfnisse zu decken, sondern sie erhalten nur einen bestimmten Anteil von der in ihrem Ort eingehenden Einkommensteuer; deshalb mußten die Gemeinden in den letzten Jahren mehr und mehr dazu übergehen, neue Einnahmequellen zu suchen, wenn sie sich nicht dazu verstehen wollten, die ihnen verbliebenen Realsteuern, d. h. die Grund- und Gebäudesteuern, Betriebs- und Gewerbesteuern in das Ungemessene zu erhöhen.

Eine Reform des Kommunalabgabengesetzes erwies sich daher als besonders dringlich. Eine gründliche Reform erfordert aber Zeit. Infolgedessen legte noch im letzten Augenblick vor der Vertagung die preußische Staatsregierung dem Landtag eine kleine Teilreform zur Aenderung des Kommunalabgabengesetzes vor.

Die hauptsächlichsten Veränderungen, die durch diese Novelle herbeigeführt worden sind, betreffen die Heranziehung von Arbeitgebern zu den Kosten des städtischen Wohnungshaues und die Ermächtigung an die Gemeinden, eine Wohnungsluxussteuer, ebenfalls zur Wohnungsbeschaffung, und der Siedlung, einzuführen.

Schon der Kampf um diese Teilreform hat gezeigt, wie außerordentlich heftig bei der großen Reform im kommenden Winter die Geister aufeinanderplatzen werden. Zwar sind die Verhandlungen im Ausschuß, unter dem Zwange der Verabschiedung vor den Ferien, verhältnismäßig ruhig verlaufen, bei der zweiten und dritten Beratung im Plenum drohte aber mehr als einmal die ganze Reform zu scheitern.

Die deutschnationale Fraktion hat sowohl im Ausschuß wie im Plenum versucht, auch an dieser Teilreform erhebliche Verbesserungen herbeizuführen. Leider aber sind ihre Wünsche nicht erfüllt worden, so daß die übergroße Mehrheit der Fraktion schließlich doch bei der Gesamtabstimmung gegen die gesamte Vorlage stimmen mußte.

Bei näherer Betrachtung stellt sich die Vorlage als eine erhebliche Neubelastung der gewerbetreibenden Schichten dar. Schon die Heranziehung der Arbeitgeber mit Beiträgen für den Kleinwohnungsbau, die für alle Arbeitgeber in Frage kommen, die mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigen, kann zu erheblichen Härten führen, wenn es auch gelungen ist bei der zweiten Lesung im Plenum noch einen Antrag durchzusetzen, wonach Arbeitgeber, die nach Friedensschluß bereits selbst zum Bau von Wohnungen für ihre Arbeitnehmer aus eigenen Mitteln in angemessenem Verhältnis zur Zahl ihrer Arbeitnehmer beigetragen haben, von diesen Beträgen befreit werden sollten.

Die größte Gefahr aber liegt in der Einführung der Wohnungsluxussteuer. Die Gemeinden sind nach der neuen Novelle berechtigt, zur Förderung der Wohnungsbeschaffung und der Siedlung von Wohnungen, die im Verhältnis zur Zahl der Bewohner und zur Zweckbestimmung der Räume als übergroß anzusehen sind, eine besondere Abgabe zu erheben. Im Ausschuß ist es gelungen, dieser Abgabe wenigstens eine Einschränkung dahin zu geben, daß von dieser Steuer befreit sind, alle Räume, die für dienstliche, berufliche oder gewerbliche Zwecke oder solche, die zur Erledigung ehrenamtlicher öffentlicher Tätigkeit notwendig sind. Die Steuer darf ferner nicht den Betrag der auf den steuerpflichtigen Teil der Wohnung entfallenden Miete oder des Mietswertes übersteigen.

Die deutschnationale Fraktion versuchte sowohl in der zweiten als auch in der dritten Lesung eine weitere außerordentliche Härte, die in der Wohnungsluxussteuer liegen kann, zu beseitigen. Wer die Verhältnisse kennt, der weiß, daß in der heutigen Zeit Inhaber von größeren Wohnungen, insbesondere Rentner, Pensionäre und Kriegerwitwen gern bereit wären, kleinere Wohnungen zu beziehen, und die in früheren Jahren gemieteten größeren Wohnungen aufzugeben, wenn sie infolge des Wohnungsmangels kleinere Wohnungen finden würden. Es gibt ferner viele gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebsunternehmungen und auch Inhaber von Dienstwohnungen, die mehrere Wohnräume innehaben und bei der Eigenart ihres Betriebes oder ihrer dienstlichen Wohnungen nicht in der Lage sind, von ihren Wohnräumen für andere Wohnungssuchende Räume abzugeben und ihre eigenen Wohnräume zu verringern. Diese Wohnungsinhaber werden durch eine Wohnungsluxussteuer außerordentlich hart getroffen, und die ist in diesem Fall völlig unberechtigt, da die Wohnungsinhaber oft nur wider Willen oder durch ihren Beruf gezwungen, im Besitze größerer Wohnungen sind.

Die deutschnationale Fraktion versuchte durch entsprechende Anträge eine Befreiung dieser Wohnungsinhaber von der Wohnungsluxussteuer herbeizuführen. Leider stand die deutschnationale Fraktion mit ihrem Antrag allein und alle anderen Parteien lehnten die deutschnationalen Anträge in dieser Hinsicht ab.

Es wird Aufgabe unserer Parteifreunde in den einzelnen Gemeindevertretungen sein, wenn die Gemeinden nunmehr daran gehen, die Wohnungsluxussteuer einzuführen, im Sinne der deutschnationalen Anträge die Steuer zu gestalten. Jedenfalls dürfte gegen den Kern und die Absicht, der deutschnationalen Anträge auch von den anderen Parteien kaum etwas einzuwenden sein, so daß bei der Beratung in den einzelnen Gemeinden zu hoffen ist, daß doch vielfach die deutschnationalen Anträge in dieser Hinsicht Erfolg haben werden.

Der große Kampf um die Neuregelung der Kommunalabgaben wird dann im Herbst und Winter im preußischen Landtag ausgefochten werden. Es wird dabei Aufgabe der deutschnationalen Fraktion sein, die berechtigten Interessen der Gemeinden und ihrer Insassen nach jeder Richtung zu wahren und zu vertreten.

— Der neue Direktor des Elektrizitätswerkes. Nach langer Zeit soll unser städtisches Elektrizitätswerk wieder einen Direktor haben. Nach dem Abgang Direktor Paulsens hatten sich 90 Bewerber für die Stelle gefunden. Die Wahl ist nunmehr auf den derzeitigen Direktor des Elektrizitätswerkes Oppeln, Saupeon, gefallen.

— Das Fest der silbernen Hochzeit feiert am 22. Juli Herr Felix Krokert, Inhaber der Plakat- und Blechemballagenfabrik Felix Krokert u. Co., dessen Unternehmen dank eifriger Arbeit heute zu den ersten am Platze zählt. Wir wünschen dem Silberpaare fernerhin alles Gute.

— Das Mandat des unabh. Stadtv. Hennig, der infolge Weggangs von Halle aus dem Stadtverordneten-Kollegium ausgeschieden ist, wird Frau Else Henze übernehmen.

Familien-Nachrichten

Geboren: E. Bauer (Tochter).
Verlobt: Elsbeth Schäfer-Wittner mit Lehrer Wilhelm Neumann. Else Kaul mit Georg Pleß.
Vermählt: Paul Nachtigall mit Emma Bieler.
Todesfall: Am 14. Juli Bäckermeister Wilhelm Knäusel im 78. Lebensjahre.

Aus Mitteldeutschland

Jubiläum der Weißenfelser Schuhindustrie

Weißenfels, 20. Juli.

Der hiesige Schuh- und Schäftefabrikantenverein, dessen Gründung in das Jahr 1890 fällt, verknüpft die Feier seines 30jährigen Bestehens mit dem in diesem Jahre stattfindenden 50jährigen Jubiläum der Weißenfelser Schuhindustrie. Als hervorragendste Veranstaltung im Rahmen dieses Festes ist eine Ausstellung Weißenfelser Schuhfabrikserzeugnisse in Aussicht genommen, und wohl keine Fabrik, insbesondere die älteren Firmen, wird es sich nicht nehmen lassen, dem großen Publikum, Händlern wie Konsumenten, vor Augen zu führen, wie sich die fabrikmäßige Herstellung des Schuhwerks im Laufe der Jahrzehnte entwickelte und auf welche Höhe die Schuhindustrie während eines halben Jahrhunderts Lehr- und Werdeperiode gelangt ist. Schon den allen Meistern gegenüber sind sie es schuldig, die in schwerem Kampfe ums Dasein bestrebt waren, ein am Platze seit vielen Jahrhunderten ansässiges Handwerk in die Fabrikindustrie hinüberzuleiten, um es der Stadt wie den alteingesessenen Familien zu erhalten und die damit in der Folgezeit dem Handel und Wandel unserer Stadt Weißenfels ein besonderes Gepräge gaben.

Der Thüringer Landbund auf der Wartburg

—5— Eisenach, 18. Juli.

Die große Tagung des Thüringer Landvolks trug ein bäuerländisches Gepräge und zeigte durch ihren auf 20 000 Teilnehmern gedachten Massenbesuch die Einheit und Geschlossenheit der Thüringer Bauernschaft. Der von Herolden zu Pferd und einer Musikkapelle eröffnete festliche Festzug gewann eine besondere Anziehungskraft durch zahlreiche die kleidsame Thüringer Bauerntracht tragende Teilnehmer und mehrere recht gut wirkende Festwagen: (Blumenwagen, Sitzendorfer Kirmes, Bischofsrodaer Schmiedewagen, Kittelstaler Flachskirmes, Bischofsrodaer Schmiedewagen, Sitzendorfer Kirmes mit Musik und Hötzelsrodaer Spinnstube). — In seiner Eröffnungsansprache gedachte Landtagsabg. Höfer (Meiningen) der Bedeutung der Tagung, die zum ersten Mal sämtliche Unterverbände des Thüringer Landbundes zusammen sahe und in imposanter Größe die innere Geschlossenheit des Bundes beweise. In der Besprechung der wenig erfreulichen großen Politik Deutschlands verlangte Redner Gerechtigkeit bei der Behandlung der oberschlesischen Frage, die Herausgabe der noch zurückgehaltenen deutschen Gefangenen, die Aburteilung der Kriegsverbrecher der Entente, die Gleichberechtigung der Bauernschaft in der Reihe der schaffenden Stände. Gegen eine Sozialisierung der Landwirtschaft werde man sich mit allen Mitteln wehren; die gerechten Kriegsopfer werde man willig tragen. Auf dem Boden der christlichen und nationalen Weltanschauung stehend, bilde die Arbeit der Bauernschaft Dienst am Vaterland. — Dr. Wernick entbot den Erschienenen den Willkommensgruß der Bundesleitung. — Die Hauptansprache des Vorstandsmitgliedes des Brandenburger Landbundes, Landwirt Gänger-Beelitz (Mark), behandelte den „Landbundgedanken". Als hauptwirtschaftskraft des Landes, die für den Begriff Vaterland zusammengefaßt werden müsse, wünscht Redner, daß die Bauernschaft eine politische Macht werde, die bei der Gesetzgebung mitzusprechen habe. — Zum Wiederaufbau des Vaterlandes, zur Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung und zur Pflege des Deutschtums brauche man aktive Menschen, vor allem aber eine für alles Edle und Hohe begeisterte, vaterländisch gesinnte Jugend. Sie müsse das Fundament für die Zukunft bilden. — Ansprachen der Vertreter auswärtiger Gäste und befreundeter wirtschaftlicher, kultureller und nationaler Verbände und eine Feier an der Friedenseiche am Fuße der Wartburg mit einer Ansprache des Reichstagsabgeordneten Fritz Döbrich-Buschenhof schlossen die Tagung. Sämtliche Redner fanden stürmische Zustimmung zu ihren Ausführungen.

Der Weser-Main-Kanal

tk. Meiningen, 19. Juli.

Der aus den Interessenten des unteren Werragebietes gebildete Unterwerra-Ausschuß hat durch Dr. Kromphardt eine Denkschrift „Der Weser-Main-Kanal" herausgeben lassen. Danach bestehen zurzeit für eine Verbindung von Weser und Main drei Projekte. Der Werrakanalverein sieht die neue Wasserstraße vor von Hann.-Münden die Werra aufwärts bis Witzenhausen, von dort nach Römhild, dann die Itz abwärts, mit der sie bei Bamberg in den Main mündet. Kassel, das bei diesem Projekt durch den kanalisierten Unterlauf der Fulda an den Kanal angeschlossen wäre, will statt dessen den Kanal von Hann.-Münden die Fulda aufwärts über Kassel bis Bebra, von dort durch einen Tunnel zur Werra oberhalb Gerstungen führen, um dann weiter die oben skizzierte Linie zu verfolgen. Der dritte Plan, von den vereinigten Handelskammern Frankfurt (Main)-Hanau vorgelegt, verbindet Hann.-Münden mit Hanau durch die Fulda über Kassel, Bebra, Fulda, dann Schlüchtern und die Kinzig abwärts bis zu deren Mündung in den Main bei Hanau. Die Denkschrift kommt zu dem Ergebnis, daß nur die Werra-Itz-Linie sowohl den Erfordernissen des großen Fern- und Durchgangsverkehrs in allen Richtungen wie den Ansprüchen und Bedürfnissen des Kanalgebiets und des lokalen Verkehrs dienen wird. Thüringen ist an dem Weser-Werra-Itz-Main-Projekt noch speziell interessiert durch den zu bauenden Werra-Saale-Kanal, der über Eisenach, Gotha, Erfurt, die Unstrut entlang zur Saale gehen soll.

---

ii. Passendorf, 20. Juli. (Zum Wohnungsmangel.) Alle in der Gemeinde verfügbar gewesenen Wohnungen sind belegt oder werden demnächst noch bezogen. Die Vormeldungen können auf absehbare Zeit nicht erledigt werden. Die Liste für Wohnungssuchende wird vorläufig geschlossen.

ii. Kletleben, 20. Juli. (Verschiedenes.) Nachdem der Dorfteich an der Eisleber Straße verschwunden ist, wird nun auch der sogenannte lange Teich an der Halleschen Straße von der Dalle-Hettstedter Bahn zugeschüttet, die bekanntlich Besitzerin dieses langen Landtteiches ist. Die Abwässer der Halleschen Zementfabrik, die nun schon längere Zeit stillliegt, wurden durch diesen Teich dem Stollengraben zugeführt, der unweit der „Sendbrücke" in die Saale fließt. Als Kaufpreis der Halleschen Zementfabrik, zu der auch 70 Morgen Land gehören, wird die Summe von 2,5 Millionen Mark genannt. Wie bei den meisten eingegangenen Ziegeleien die Tonlager nicht erschöpft waren, so ist auch hier und weiter nach Passendorf zu noch viel Zementboden vorhanden.

— Kalbe a. M., 19. Juli. (Der Umbau an der Kleinbahn) Klötze—Kakerbeck—Kalbe a. M.—Gardelegen in eine normalspurige Bahn ist von Kakerbeck bis Kalbe a. M. bereits soweit fertiggestellt, daß auf dieser Strecke die Abnahme erfolgen kann. Die Strecke Kakerbeck—Klötze wird das Neuendorf in kurzer Zeit fertiggestellt sein.

— Köstritz, 19. Juli. (25 Jahre Frauenasyl.) Das Frauenasyl hier konnte jetzt auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand eine einfache würdige Feier statt, zu der eine Anzahl Geistlicher aus Thüringen und Sachsen anwesend war. Auch die Fürstin Reuß-Köstritz wohnte mit der Prinzessin Clementine der Feier bei. Die Festrede hielt der ehemalige langjährige Vorsteher der Anstalt, Oberpfarrer Fiedler.

— Meuselwitz, 18. Juli. (Noch keine Bergung der Opfer des Idaschachtes.) Die Leichen der am 28. Mai infolge Hochwassereinbruches im Idaschachte ums Leben gekommenen 16 Bergarbeiter konnten noch nicht geborgen werden. — Auf Grube Vereinsglück II kam der 17 Jahre alte Arbeiter Walter Hermsdorf der Stackstromleitung zu nahe und wurde sofort getötet. — Beim Baden im Tagebau bei Muck ertrank der Lokomotivführer Karl Rüdel aus Saalfeld.

— Gera, (Rß.), 19. Juli. (Beschränkung des Gemeindepersonaletats.) Die Aufstellung des städtischen Haushaltsplanes macht diesmal besondere Schwierigkeiten, da die ungedeckten Millionenfehlbeträge sich kolossal gesteigert haben. Es wird deshalb mit aller Kraft dahin gestrebt, den Gemeindepersonaletat um wenigstens 25 Prozent zu beschränken.

— Rudolstadt, 19. Juli. (Herr Bürgermeister!) Gegen den Bürgermeister Fränkel in Frankenhausen wurde im Dienststrafverfahren hier verhandelt. Die Anklage lautet auf Unterschlagung und weitere Dienstunterlassungen. Es wurde Dienstentlassung beantragt. Das Gericht kam nicht zu der Ueberzeugung, daß Unterschlagungen vorliegen. Es erkannte auf 500 Mark Geldstrafe wegen Nachlässigkeit im Dienst.

— Bad Berka, 19. Juli. (Das Auto in Trabenhand.) In der Nähe der Rauschenburg wurde ein auf der Fahrt von Koburg nach Apolda begriffenes Automobil defekt. Die sechs aus Apolda stammenden Insassen verließen das Gefährt, und nur der Sohn des Besitzers bestieg den Kraftwagen, um eine kleine Probefahrt zu unternehmen. Bei dem starken Gefälle am Bahnhof Legefeld verlor er die Herrschaft über den Wagen, und dieser raste in voller Geschwindigkeit über die dortige Brücke, riß das linksseitige Eisengeländer mit sich und stürzte in den einige Meter tiefen ausgetrockneten Graben. Erheblich beschädigt blieb er hier in aufrechter Stellung, nur mit einer kleinen seitlichen Neigung liegen. Der Führer des Wagens erlitt anscheinend erhebliche innere Verletzungen.

— Heiligenstadt, 17. Juli. (Bilder von heute!) In der letzten Woche war hier Jahrmarkt. Es herrschte zum erstenmal nach dem Kriege wieder ein lebhafter Verkehr. Vor allem verbreitete sich mit Windeseile die Nachricht, es seien Berge von guten und billigen Kleiderstoffen und Schuhwaren zu haben. Tatsächlich war die Anfuhr viel stärker als bisher. Stapel von feldgrauen Militärhosen lagen herum. Dabei hörte man ein widerliches Gefeilsche. Hiesige Geschäftsleute mußten sich erzählen lassen, wieso und warum der Krämer seine Waren bedeutend billiger absetzen könne. Z. B. sagte ein Mann, der Schuhe verkaufte: „Wenn Sie in Heiligenstadt die ganze Woche hindurch sechs Paar absetzen und davon leben wollen, so müssen Sie natürlich höhere Aufschläge nehmen als ich, der ich täglich 100 Paar verkaufe." Von der Qualität sprach der gerissene Jude nicht. Das Publikum lockte nach dieser raffinierten Reklame wie toll. Der Vorteil war so offenbar. Die Händler waren größtenteils siehen aus Lemberg und Hinterland über Kalisch und das Berliner Scheunenviertel importierte häßliche, aber um so aufdringlichere Gesichter mit ausgeprägtem jüdischem Typ. Selbstverständlich steckten sie alle unter einer Decke. An einem Stande wurde beobachtet, daß so ein Verkäufer fortwährend an den kaufslustigen jungen Mädchen herumtätschelte. Als er wieder einer blonden Bauerntochter nach dem Nacken griff, trat ein junger Mann hinzu, verabreichte ihm eine schallende Ohrfeige und sagte: „Sie frecher Lümmel aus Galizien! Berühren Sie hier kein deutsches Mädchen wieder. Ich schlage Sie sonst zum Krüppel." Das war deutlich. Und das Mädchen herrschte er an: „Warum lassen Sie sich so etwas von einem solchen Schmutzlappen gefallen? Schämen Sie sich!" Man denkt unwillkürlich auch an das besetzte Gebiet. Müssen wir uns das Leben in Deutschland durch fremdes Gesindel durchaus vergelen lassen?

Kleine Provinznachrichten

Die Buchdruckerei von Paul Wegner in Oberweißbach mit dem Verlage des „Oberweißbacher Bezirksblattes" ist durch Kauf an den Buchdruckereibesitzer und Kreisblattverleger R. Schmerbach aus Schmiegel (Polen) übergegangen. * Tödlich verunglückt ist auf dem Tagebau einer Meuselwitzer Braunkohlengrube der 24jährige Bremser Oswin Wachter aus Zinsendorf dadurch, daß ihm beide Beine von Baggerzug abgefahren wurden. Der Verunglückte ist seinen Verletzungen alsbald erlegen. * Im Reiß ertrank beim Baden der achtjährige Hellmuth Duschateau. * Von der Strafkammer in Korbhausen wurde die einstmalige Leiterin des Kultusministeriums des Freistaats Braunschweig, die 46jährige Frau Minna Faßhauer aus Braunschweig, wegen Vergehens gegen das Entwaffnungsgesetz zu vier Monaten Gefängnis und 800 Mark Geldstrafe verurteilt. * Für das Schwimmfreibad, das in Apolda erbaut werden soll, kamen bisher aus Sammlungen und Veranstaltungen 800 000 Mark ein, erforderlich sind jedoch etwa 700 000 Mark. * Der kürzlich in Artern verstorbene Stadtkassenrendant a. D. Gustav Sorgler vermachte sein Vermögen in Höhe von 50 000 Mark der Stadt mit der Bedingung, daß von den Zinsen bedürftigen Kindern im Winterhalbjahr ein warmes Frühstück gereicht wird. * Die Karl-Zeiß-Stiftung in Jena spendete für die Verbesserung der Flußbadeanstalten 60 000 Mk. und für die Jugendfürsorge 22 000 Mark. * Der Bund erblindeter Krieger, Bezirk Thüringen, tagt am 23. und 24. Juli in Saalfeld. * Der Stadt Frankenhausen erbrachte die Verpachtung der Aepfel, Birnen und Zwetschen der städtischen Obstanlagen 75 835 (im Vorjahr 196 060) Mark. * In Freyburg a. U. beschloß die Stadtverordnetenversammlung Maßnahmen gegen die Sperlingsplage. * In Naumburg a. d. S. wurde ein Maschinist wegen Altschande, begangen mit seinen beiden Töchtern, festgenommen. * Auf dem Bahnhof Weimar glitt ein junges Mädchen beim Aufspringen auf einen schon in Fahrt begriffenen Apoldaer Zug aus und wurde so schwer verletzt, daß es alsbald starb. * Beim Abstürzen von einem fahrenden Kraftwagen wurden dem 9jährigen Töchterchen des Maurers Schubbert in Wernigerode beide Füße abgefahren. * Bei Ilsenberg äscherte ein Waldbrand große Bestände von Neuanpflanzungen und älteren Bäumen ein.

Notgeldecke

— Sondershausen. Neue Notgeldscheine sind hier zur Ausgabe gelangt, und zwar 10-Pf.-Scheine mit dem Bildnis des Posenturmes und 25-Pf-Scheine mit dem des Erholungsheims der technischen Angestellten und Beamten. — Rudolstadt. Auch unsere Stadt wird in den nächsten Wochen 50-Pf.-Notgeldscheine herausgeben, und zwar eine Schillerserie von 10 verschiedenen Scheinen mit Szenen und Sprüchen aus der „Glocke" und Abbildungen der Schillerstätten Rudolstadts. — Heidburg. In einer Serie von 6 Scheinen zu je 50 Pf. will demnächst unsere Stadtkämmerei Notgeld herausgeben. Es bringt in künstlerischer Ausführung Ansichten der Feste und der Stadt mit sinnigen Sprüchen. — Camburg. Wie der Bürgermeister in der jüngsten Gemeindevertretung mitteilte, ist das erst vor 14 Tagen ausgegebene Notgeld bereits ziemlich vergriffen. Eine Firma hatte davon allein für 6000 Mark bestellt. Es wurde beschlossen, noch 100 000 10-Pf.- und 50 000 50-Pf.-Scheine herstellen zu lassen und die alten 50-Pf.-Scheine von 1918 zur Einlösung zu bringen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192107201-10/fragment/page=0003

„H.Z." Sportberichte

Schiedsspruch gegen den Sieger im Preis der Moritzburg am 10. Juli

Auf Grund eines nachträglichen, aber noch rechtzeitig eingelegten Protestes des Besitzers des 2. Pferdes (Orianne) wurde der Sieger Kiefer im Preis der Moritzburg am letzten Renntage vom Vereinsschiedsgericht disqualifiziert und Orianne als Sieger, Karl der Große und Sage als 2. und 3. Pferd erklärt.

Die Entscheidung stützt sich auf die Tatsache, daß Kiefer seit dem 1. Januar 1920 in Hindernisrennen bereits 43 930 M. an Geldpreisen gewonnen hat, während die Ausschreibung des Rennens nur Pferde zuläßt, die insgesamt noch nicht 40 000 M. in der fraglichen Zeit gewonnen haben. Kiefer war also nicht teilnahmeberechtigt.

Auf den Totalisator und die Auszahlung der Wetten bleibt diese Entscheidung nach der Rennordnung ohne Einfluß, da der Protest später als 10 Minuten nach dem Zurückwiegen des ersten Reiters erhoben wurde. Im übrigen sind die gesamten Wetten je auch schon ausgezahlt worden.

Was geht in Dänemark vor?

Vor etwa 14 Tagen konnten wir melden, daß der leichtathletische Länderkampf zwischen Deutschland und Dänemark nunmehr endgültig gesichert sei. Aber schon wenige Tage darauf ging bei der Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik ein Telegramm in nachstehender lakonischer Kürze ein: „Die Match leider nicht möglich dieses Jahr. Brief folgt. Athletikforbund." Es wurden hier natürlich sofort alle Vorbereitungen eingestellt bezw. rückgängig gemacht und man wartete geduldig auf den aufklärenden Brief, der jedoch trotz brieflicher und telegraphischer Rückfrage nicht eintraf. — Das Verhalten des Dänischen Athletik-Bundes mutet mehr als eigenartig an und es ist nicht der einzige Fall, daß die Haltung der Dänen deutschen Sportsleuten gegenüber zu besonderer Betrachtung Anlaß gibt. Wir erinnern nur an die vergebliche Reise der Mitglieder des S. C. Charlottenburg im Jahre 1919 nach Kopenhagen, die ohne starten zu dürfen, in ihre Heimat zurückkehren mußten. Die damals abgegebenen Erklärungen, so fadenscheinig sie auch waren, mußten uns schließlich genügen und sie verhinderten wenigstens den Abbruch der sportlichen Beziehungen, wenn auch lange Zeit von keiner Seite her eine Annäherung erfolgte. Um so freudiger wurde die von Dänemark ausgegangene Einladung zu einem jährlich stattfindenden Länderkampf aufgegriffen, doch wurde auch diesmal das hinhaltende Gebahren der Dänen recht unliebsam empfunden, schienen doch die Verhandlungen vollständig einzuschlafen, bis nach dem Lausanner Kongreß dann in der zweiten Hälfte des vorigen Monats der Abschluß erfolgte. — Wie wir hören, wird die Deutsche Sportbehörde für Leichtathletik noch einmal eine letzte Rückfrage nach Kopenhagen richten und eine durchaus befriedigende Erklärung fordern. Sollte diese nicht umgehend eintreffen, so wird die D. S. B. hoffentlich wissen, mit wem sie zu tun hat. Die richtige Antwort wäre ein Startverbot für alle deutschen Leichtathleten.

— **Quer durch Anhalt.** Am 24. Juli findet die große Zuverlässigkeitsfahrt „Quer durch Anhalt, etwa 150 Kilometer", statt, offen für den ganzen Gau 18, Magdeburg, Bund Deutscher Radfahrer. Die letzte derartige Veranstaltung liegt 27 Jahre zurück und fand 1894 in ähnlicher Weise statt. Der Massenstart findet am 24. Juli früh 5 Uhr 30 Min. am Waldfrieden in Dessau statt. Fahrer über 35 Jahre erhalten 15 Minuten Vorgabe. Start für diese 5 Uhr 15 Min. Die Fahrt geht über Kleinfünau—Alsen—Kalbe (Abwurfskontrolle)—Miningen—Aschersleben (Einschreibkontrolle)—Güsten—Bernburg (Abwurfkontrolle)—Köthen Einschreibkontrolle—Radegast (Abwurfskontrolle)—Hinsdorf—Tornau Lingenau—Heidburg nach Dessau. Ziel nahe Friedhof III. Für diese Fahrt winken eine ganze Anzahl Ehrenpreise, und zwar im Werte von 175, 150, 120, 110, 90, 75, 60, 50 Mark. Außerdem zu diesen Preisen eine große silberne Medaille, dem 9. und 10. Fahrer je eine große silberne Medaille, vom 11. bis 20. Fahrer je eine kleine silberne Medaille. Alle übrigen Fahrer, welche innerhalb 25 Prozent nach dem ersten Sieger eintreffen, erhalten je eine bronzene Medaille. In Anbetracht der reichlichen Preise ist eine große Beteiligung zu erwarten. Die Nennungen sind bis zum 18. Juli an den Gau- und Bezirksfahrwart Erich Zettermann, Dessau, Heinrichstraße 18 I, zu richten. Gleichzeitig findet am 23. und 24. Juli eine Gaumanderfahrt nach Dessau statt. Schlußkontrolle: Sonntag, den 24. Juli, nachmittags 2 Uhr. Am 23. Juli findet im „Schwarzen Adler" ein Kommers und Empfang der Wander- und Rennfahrer statt, so daß Anhalt an diesen beiden Tagen im Zeichen des Radsportes stehen wird.

— **Der deutsche Marathonlauf** kam am Sonntag im Rahmen des 3. Gefallenen-Gedenksportfestes mit Start und Ziel im Deutschen Stadion über 42,200 Kilometer zum Austrag. Sämtliche 51 Gemeldeten traten in den drei Klassen zum Wettbewerb an. Der Sieger des Vorjahres, Wils (Marathon 02) konnte auch diesmal einen Sieg feiern. Er lag zunächst im Hintertreffen, schob sich aber nach 20 Kilometern nach vorn und lag da hinter Jermik, Wantenburg und Minta. Jermik gab nach 26 Kilometer erschöpft auf, und Wantenburg und Minta fielen zurück. Nun strebte Wils unangefochten dem Ziele zu. Der Hamburger Dreckmann schob sich zum Schluß noch auf den zweiten Platz vor.

Freiburgheim gewinnt die Tennismeisterschaft von Zürich. Am Sonntag standen sich in der schweizerischen Hauptstadt die beiden Deutschen Freitheim und R. Kleinschroth im Endspiel um die Tennis-Meisterschaft von Zürich gegenüber. Freitheim beherrschte seinen Gegner vollkommen und siegte mit 6:1, 6:2, 6:4. Im Doppelspiel triumphierten die beiden Deutschen mit 6:3, 9:7, 6:0 über das Schweizer Paar Dr. Stäg—Simon. Das Damenein zelspiel sah Frau Uhl mit 6:4, 6:4 gegen die Schweizerin Frl. Dyrenfurth siegreich, dagegen unterlag Frau Uhl mit ihrem Gatten im Gemischten Doppelspiel gegen Frl. Dyrenfurth —Simon 6:4, 6:3.

Vom Büchertisch

— **Karl Goldmann: Numa.** Roman. Verlag von Egon Fleischel u. Co., Berlin W. Preis 20 M. — „Numa" ist nicht Pompilius, ist auch keine Frau, ist überhaupt kein Mensch. Numa ist der „Mensch im Tier", ist eine Hündin, die an das Hundeleben eines Menschen gebunden, nicht weniger ein Menschenleben führt als dieser. Numa, die Hündin, und der Soldat, den sie selbst sich als „Herrn" erwählt hat, werden auf fernen Straßen zusammengeführt und halten zueinander, wie „eines Loses Vorbestimmte ewiglich".

— **„Die Wissenschaft für Alle."** Allgemeinverständliches Taschenwörterbuch des Weltwissens. Von Oskar Kresse. Mit ausführlichen Abhandlungen über: 1. Die vier Hauptgrundgesetze der Natur. 2. Entwicklungslehre (Evolutionsgrundl.). 3. Kunstlehre (Aesthetik) mit 16 Abbildungen: Gipselwerke der bildenden Künste. 4. Weisheitslehre (Philosophie) mit einer Untersuchung über das Wesen von Raum und Zeit. 6.—10. Tausend. Preis 10,20 M. einschließlich Zuschlag. Verlag Wilhelm Möbius u. Co., Berlin-Karlshorst. — Kurz und klar, in den meisten Fällen mit den eigenen Worten der großen Denker, wird das wesentliche ihrer Lehren zusammengefaßt wiedergegeben. Da sorgfältig jedes Fremdwort vermieden und durch ein gleichwertiges deutsches ersetzt wurde, so versteht jeder, der überhaupt Deutsch lesen kann, die schwierigsten Gedanken der großen Weisen sofort, und ohne daß es nötig hat, ein Nachschlagebuch zur Erklärung eines Fremdwortes zu Hilfe zu nehmen. Die Wichtigkeit dieses Buches ist auch von solchen, die ohne Kenntnis von Griechisch und Latein die Lehren der großen Weltweisen kennen lernen wollen, sofort erkannt worden: es ist von Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, von Ingenieuren, Technikern, von Bankbeamten, Betriebsräten und insbesondere auch von Arbeitern in großer Zahl bezogen worden, sonst wäre ein Absatz von rund 10 000 Stück unter jetzigen Verhältnissen in Deutschland in der kurzen Zeit von fünf Monaten undenkbar.

— **Neue Reklamehefte.** Bei Philipp Reclam jun. Leipzig erschienen neu: Nr. 6211. **Hans Franck, Machtnix.** Märchenerzählung (96 S.). Mit einem Bildnis des Dichters. Geh 1.50, in Pappband Mk. 2.50, Lieberbeband Mk. 15.—. — Nr. 6212 bis 6214. **Prof. Dr. Henry Potonié: Die Steinkohle, ihr Wesen und Werden.** Ergänzt und herausgegeben von Dr. phil. Robert Potonié. Mit 3 Tafeln und 12 Abbildungen im Text. (Bücher der Naturwissenschaft, 30. Band, 214 S.). Geh Mark 4.50, in Bibliotheksband 6.—. — Nr. 6216—6217. **Privatversicherungsgesetze für das Deutsche Reich.** Textausgabe mit Einleitung, Anhang und Sachregister. Herausgegeben von Dr. jur. Otto Drube. (192 S.). Geh. Mk. 3.—, in Bibliotheksband Mk. 4.—. — Nr. 6218. **Theodor Storm: Zur „Wald- und Wasserfreude".** Novelle. Herausgegeben von Dr. Walther Harmann (99 S.). Geh. Mk. 1.50, in Pappband Mk. 2.50, in Bibliotheksband Mk. 3.—. — Nr. 6219—6220. **Dichter-Bibliographien. 22. Band: Gottfried Keller.** Von Prof. Dr. Carl Enders. Mit einem Bildnis Kellers. Geh. Mk. 3.—, in Bibliotheksband Mk. 4.—.

— **Ein deutsches Soldatenliederbuch** ist soeben im Verlag „Offene Worte", Charlottenburg 4, erschienen. (5 M. geb. 140 Seiten, bei Sammelbestellungen Ermäßigung.) Das mit hübscher Umschlagzeichnung versehene Buch enthält eine Sammlung der schönsten Soldaten-, Vaterlands- und Freiheitslieder, und zwar alter und neuer. Die Noten sind für einstimmigen Marschgesang gesetzt und können auch zur Marschmusik gesungen werden. Die Bearbeiter, Armeemusikinspizient Prof. Grawert und Musikdirektor Brase, haben sich ein großes Verdienst um Pflege und Erhaltung deutschen Sanges durch die Zusammenstellung dieses — allen Deutschen zu empfehlenden — Soldatenliederbuches erworben.

Zu beziehen durch die
Goethe-Buchhandlung Halle a. S., Gr. Ulrichstrasse 62 Fernruf 4530 u. 1630

Volkswirtschaftlicher Teil

Der Eisenmarkt im Juni

Die Gesamtlage auf dem rheinisch-westfälischen Eisenmarkt muß für die Berichtszeit als unbefriedigend bezeichnet werden. Zwar trat insofern eine Besserung ein als der Arbeitseingang reichlicher war, so daß die Werke, insbesondere in Stab- und Formeisen und Walzdraht etwas besser beschäftigt waren. Aber alles blieb auf den Augenblicksbedarf zugeschnitten und größere Viertel- oder Halbjahrsabschlüsse kamen nicht zustande. Der Inlandsmarkt ist, wie das Fachblatt „Stahl und Eisen" berichtet, infolge der sehr geringen Bautätigkeit nicht in Lage, die große Erzeugung aufzunehmen, und selbst erhebliche Ausfuhrmengen können hier keinen Ausgleich schaffen. Lähmend wirkt außerdem immer noch im größten Maße die Errichtung der Rheinzollgrenze.

Die Lage des Erzmarktes hat sich im Berichtsmonat noch verschlechtert. Dem großen Angebot von Erzen aller Sorten stand nur eine sehr geringe Nachfrage gegenüber, da die Aufnahmefähigkeit der Werke sehr beschränkt war. Der Siegerländer Erzbergbau war, wie bisher, noch gut beschäftigt. Der Minettemarkt lag fast vollständig darnieder.

Die Preise auf dem Schrottmarkt zeigten wenig Veränderung.

Die unbefriedigte Lage des Roheisenmarktes hat auch im Juni angehalten. Der Versand blieb auf der Höhe des Vormonats. Mehrere Hochöfen mußten infolge Absatzmangel ausgeblasen werden. Trotzdem nahmen die Vorräte noch weiter zu. Das Auslandsgeschäft zeigte eine kleine Belebung. Doch war auch hier der Absatz ganz unbefriedigend. Die Weltmarktpreise gingen auf der ganzen Linie weiter zurück.

Halbzeug wurde fortgesetzt ziemlich stark getragt. In Formeisen belebte sich das Geschäft bei niedrigen Preisen sichtlich. Immerhin sind nennenswerte Aufträge nur für Eisenbahnwagenbau zu verzeichnen. Für reine Bauzwecke wurde noch so gut wie gar nichts umgesetzt.

In Eisenbahnoberbaustoffen ließ die Beschäftigung der Werke vielfach zu wünschen übrig, da die Aufträge der deutschen Staatsbahnen nicht ausreichten und Aufträge aus Kreisen der Privatbahnen fast ganz ausblieben. Die zahlreichen Auslandsanfragen, die den Werken vorlagen, führten angesichts der politischen Lage und bei den auf dem Oberbaustoffmarkt noch herrschenden gedrückten Preisen nur selten zum Geschäft. Die seit geraumer Zeit begutachtete Geschäftsstille in rollendem Eisenbahnzeug hielt weiter an. Etwas besser gestaltete sich die Lieferung von Lokomotivbauzeug, da es den Lokomotivfabriken vor einiger Zeit gelang, größere Aufträge zu erhalten.

In Stabeisen gestaltete sich das Inlandsgeschäft infolge stärkerer Nachfrage wieder lebhafter. Auf dem Grobblechmarkte lagen die Verhältnisse besonders ungünstig. Dementsprechend sind auch die Preise durchaus rückläufig. Auf dem Feinblechmarkt hat dagegen im Juni bei fortgesetzt reger Nachfrage eine merkliche Festigung Platz gegriffen. Das Ausland zeigte mehr und mehr ein besonderes Verlangen nach deutschen Waren, so daß nennenswerte Abschlüsse getätigt werden konnten. Allerdings weichen die Preise im Ausland neuerdings wieder.

Die lebhafte Nachfrage nach Gußröhren hielt im Inland auch im Berichtsmonat an. Der Eingang an Aufträgen hat im Vergleich zum Vormonat zugenommen, und zwar sind Aufträge erteilt worden, wie sie in diesem Umfange seit längerer Zeit nicht eingegangen sind. Die Preise sind jedoch weiter gesunken. Die lebhafte Nachfrage aus dem Auslande hielt gleichfalls an.

Die sinkende Marktlage für den Maschinenbau hielt weiter an, wogegen die Preissenkung für die Erzeugnisse aufgehört hat. Die Preise ziehen sogar teilweise schon wieder an, wobei es allerdings fraglich ist, ob diese Preissteigerung von Dauer sein und die Zurückhaltung der Abnehmer aufhören wird.

Victoria zu Berlin, Allgemeine Versicherungs-Akt.-Ges. Die Generalversammlung genehmigte die Dividende von 150 Mark. Der Lebensversicherungsbestand stieg um 1223 Mill. Mark (i. V. 550) auf 4361,8 Mill., die Prämieneinnahme in der Unfallversicherung um 11,5 auf 30,8 Mill. Mk. Das Gesamtvermögen stieg um 151,9 Mill. auf 558,8 Mill. Mk. An Prämien und Zinsen wurden insgesamt 399,3 Mill. Mk. (260,9) vereinnahmt und an Versicherte 128,9 Mill. Mark ausgezahlt. Der ausgewiesene Ueberschuß beträgt 25,1 Mill. Mk.

Eine Kapitalerhöhung beantragt die Altenburger Landkraftwerke Akt.-Ges. um 3 auf 4 Mill. Mk., die Werra-Werke Akt.-Ges. von 2 auf 5 Mill. Mk. durch Ausgabe von 500 000 Mk. 6proz. Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht und 2,5 Mill. Mark Stammaktien (mit 25 p. a. eingeklibbert).

Neugründung. In Reichenbach i. V. wurde die Sächsische Stückfärberei und Appreturanstalt A.-G. mit einem Kapital von 3 Mill. Mk. gegründet, um das Färben und Ausrüsten Gera-Greizer Wollwaren zu betreiben.

★ **Konkurs.** Ueber das Vermögen der Firma Elgersburger Glas- und Porzellan-Manufaktur, G. m. b. H., mit dem Sitz in Elgersburg wurde Konkurs eröffnet, da sie ihre Zahlungsunfähigkeit dargetan hat.

Vom Grubenholzmarkt. Die Nachfrage nach Eichen- und Fichtenrinde hat sich auch in jüngster Zeit wenig belebt und die Preise blieben so ziemlich unverändert. Infolge der heißen Witterung haben die Schälarbeiten nachgelassen, da die Bäume sehr trocken sind und die Entrindung dadurch erschwert wird und die Arbeitslöhne die Erlöse für Rinden überschreiten. Trotzdem aber sind die Bestände immer noch sehr reichlich, da vielfach noch Ware aus dem Vorjahr vorhanden ist. Alsdann nimmt die Einfuhr ausländischer Gerbstoffe merklich zu, unter welchen Quebracho in Holz und Extrakten die Hauptrolle spielt. Süddeutsche Forstämter erzielten für Fichtenrinde frei Verladestation um die 20 M. pro Zentner herum, während in Mittel- und Norddeutschland für Fichtenrinde höchstens 7 M. pro Zentner erzielt werden. Dasselbe Verhältnis auch in Eichenrinde, für die in süddeutschen Forsten um die 35 M., vereinzelt auch bis 40 M. pro Zentner erzielt werden, während einzelne Forstämter in Norddeutschland Eichenrinde schon für 25 M. den Zentner verkauft haben. Da die Kauflust am Häute- und Ledermarkt nach wie vor sehr lebhaft und die lederverarbeitende Industrie durchweg gut beschäftigt ist, wird schließlich auch die Nachfrage nach Gerbstoffen sich weiter günstig gestalten.

Erhöhung der Bleipreise. Die Rheinisch-Westfälische Bleihändlervereinigung in Düsseldorf hat ihre Lagerpreise mit sofortiger Wirkung um 25 auf 915 Mk. für 100 Kilogramm erhöht. Die letzte Preiserhöhung war am 30. Juni um 40 Mk. auf 880 Mk. pro 100 Kilogramm.

Verschmelzung im Versicherungsgewerbe. Die Sächsische Feuerversicherung zu Zwickau beruft eine außerordentliche Generalversammlung auf den 5. August, die über die Uebertragung des Vermögens der Gesellschaft sowie ihres Versicherungsbestandes als Ganzes auf die Allgemeine Versicherungs-A.-G. in Frankfurt beschließen soll.

★ **Elbschiffahrt.** Heute trafen die Kähne Nr. 4308, Nr. 8242, Nr. 8586 und Nr. 8697 in Aken ein.

★ **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (Saale) (einschließlich der anschließenden Privatbahnen) wurden am 18. d. M für Kohlen, Koks, Briketts und Preßsteine gestellt 5887 Wagen zu 10 Tonnen.

Berliner Börsenberichte

Produktenbericht. Berlin, 19. Juli. Am Produktenmarkte soll die amtliche Preisermittelung erst am Donnerstag erfolgen. Im Zusammenhang mit den Schwankungen und schließlichen Abschwächung der Devisenkurse war die Tendenz unsicher und die Käufer hielten sich reserviert. Für Roggen gingen die Mühlen noch keine ernstliche Kauflust. Wintergerste war vorwiegend fest. Für Mais konnten die höher lautenden Forderungen nicht durchgesetzt werden. Bezugsscheine waren anfangs höher bezahlt, später zogen sich aber die Käufer zurück. Hülsenfrüchte wenig begehrt. Raps war von den Mühlen mehr gefragt. Für gute Qualitäten verlangte man etwas höhere Preise.

Berliner Produktenmarktpreise.
Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg ab Station.

	19. Juli	17. Juli
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	175—193	175—193
„ kleine	—	—
Futtererbsen	145—150	145—155
Linsen	—	—
Peluschken	125—136	125—136
Ackerbohnen	138—148	138—148
Wicken	115—125	115—125
Lupinen, blaue	50—65	50—65
„ gelbe	60—85	60—85
Seradella, alte	—	—
„ neue	60—70	60—70
Vicia villosa	—	—
Raps	—	255—260
Raps neuer Ernte	—	—
Rübsen	—	—
Leinsaat	235—265	235—265
Mohn	180—184	—
Senfsaat	170—179	—
Hirse, in- u. ausländische	166—169	—
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	78—80	78—80
Torfmelasse	60—62	60—62
Häckselmelasse	—	—
Haferschalen-Melasse	—	—
Wiesenheu, lose	34—40	34—38
Kleeheu	—	43—46
Stroh, drahtgepreßt	18—20	18—20
„ gebündelt	17—19	17—19
Roggen-Langstroh	—	21
Runkelrüben	—	—
Möhren, rote	—	—
„ gelbe und weiße	—	—
Mais, loko Hamburg-Bremen	—	155
„ per August/Dez.	136—137	132

Devisen-Notierungen Berlin, 19. Juli:

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	2435,05	2439,75	Paris	—,—	—,—
Brüss.-Antwerp.	582,40	583,60	Schweiz	—,—	—,—
Christiania	999,—	1001,—	Spanien	—,—	—,—
Kopenhagen	1171,30	1173,70	Wien (altes)	—,—	—,—
Stockholm	1608,25	1611,55	Oesterr. abgest.	10,08	10,12
Helsingfors	126,85	127,15	Prag	99,40	99,60
Italien	—,—	—,—	Budapest	23,72	23,78
London	276,95	277,55	Poln. Mark	4,27½	—,—
New-York	77,32	77,48			

Leipziger Notierungen. Leipzig, den 19. Juli.

Chemnitzer Bankverein	—,—	Leipziger Malzfabrik	400,—
Leipziger Hypotheken-Bank	149,50	Mansfelder Kuxe	4800,—
Mitteldeutsche Privatbank	207,—	Oelanitzer Kuxe	880,—
Crüllwitzer Papierf.	473,—	Pittler, Leipzig	447,—
Glauziger Zuckerfbr.	780,—	Prehlitzer Stamm-A.	—,—
Gr. Leipziger Straßenbahn	5,25	„ Prioritäts-Akt.	—,—
Hallesche Zuckerraff.	480,—	Riebeckbier	308,—
Portland-Zement	229,—	do. Vorzugsaktien	315,—
Huzo Schneider, Paunsdorf	—,—	Rositzer Zuckerfabr.	491,50
Körbisdorfer Zuckerf.	815,—	Rudelsburger Zementfabrik	380,—
Leipziger Kammgarnspinnerei	628,—	Sachsenwerk	357,—
		Sonntag, Hamann & Stier	505,—
		Stöhr & Co.	792,—
		Zimmermann, Halle	244,—
		Zimmermann, Chemnitz	320,—

Hauptschriftleiter Heinrich Bötticher.
Verantwortlich für den politischen Teil: i. V. Ernst Meiserschmidt; für Volkswirtschaft, Provinz und Sport: Hans Heiting; für den lokalen Teil und Kommunalpolitik: Erich Seitheim; für Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung i. V. Lothar Heberer. — Für den Anzeigenteil: Paul Kerber sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192107201-10/fragment/page=0004